

---

# DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 12/07

---

## 1. Rüstungsexportbericht 2006 erschienen

Als „Skandal ohne Grenzen“ bezeichnet die „Waldkircher Erklärung“ die Praxis der deutschen Rüstungsexporte. Wie berechtigt diese Betitelung ist, zeigt der am 7.11.2007 erschienene „Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2006“.

Im vergangenen Jahr wurden Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von 4,2 Milliarden Euro und Sammelausfuhrgenehmigungen im Wert von noch einmal rund 3,5 Milliarden Euro erteilt. Allein schon die Gesamtsumme der genehmigten Rüstungsexporte in Höhe von 7,7 Milliarden Euro ist erschreckend. Noch schockierender ist jedoch die Erkenntnis, dass damit noch gar nichts über die tatsächlichen Waffenexporte ausgesagt ist, da von Seiten der Bundesregierung „nur eine statistische Erfassung der beantragten [!] Ausfuhrgenehmigungen“ erstellt wird. Es gibt „gegenwärtig keine Statistik über tatsächliche Ausfuhren“. (Beide Aussagen finden sich im Rüstungsexportbericht 2006, S. 3.) Man könnte dies neutral als eine Art strukturelle Intransparenz bezeichnen, doch würde dieser Begriff das tatsächliche Problem verschleiern.

Deutschland gehört international zu den führenden Exporteuren von Rüstungsgütern. Vom weltweiten Wachsen des Rüstungsmarktes haben gerade auch deutsche Firmen profitiert. Und wenn deutsche Politiker schon kaum Skrupel zu kennen scheinen, Rüstungsexporte zu genehmigen (2006 wurden exakt 89 Anträge auf den Export von Rüstungsgütern abgelehnt, während 13.610 Einzelausfuhrgenehmigungen erteilt wurden), so haben deutsche Unternehmen diese noch weniger.

Während also die Bundesregierung Rüstungsexporte nach Pakistan erlaubt – welches nicht nur von einer Militärdiktatur beherrscht wird, sondern auf das auch 36% aller Ausfuhrgenehmigungen entfielen, die in Entwicklungsländer getätigt wurden – scheint der deutsche Mittelstand auch dual-use Güter für das Atomprogramm des Iran zu liefern (vgl. Spiegel 49/2007, S. 61).

Die Intransparenz der deutschen Rüstungsexportstatistik ist die konsequente Entsprechung dieser Politik. Die Beteuerungen der Bundesregierung, eine restriktive Rüstungsexportpolitik zu betreiben, können unter diesen Umständen nur als absurd bezeichnet werden. So ist es wohl zutreffend, wenn der „Small Arms Survey“, eine Publikation der regierungsunabhängigen Graduiertenschule der Universität Genf, den USA eine transparentere Rüstungsexportpolitik bescheinigt als der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Small Arms Survey 2007, Kapitel 3).

Gerade auch die Beteuerungen der Bundesregierung, ein Problembewusstsein zu haben für die destabilisierende Wirkung, die eine Anhäufung von kleinen und leichten Waffen haben kann, wird durch die tatsächliche Rüstungsexportpraxis konterkariert: Denn allein 2006 wurde der Export von Kleinwaffen im Wert von insgesamt 127 Millionen Euro und entsprechender Munition im Wert von 21,2 Millionen Euro genehmigt.

Es ist von Seiten der Bundesregierung nicht dokumentiert worden, ob der von ihr einst propagierte Grundsatz „Alt für Neu“ dabei auch nur ein einziges Mal zur Anwendung gebracht wurde. Der Umstand, dass die Bundeswehr „Gebrauchtwaffen“ im Wert von ca. 113

Millionen Euro verkauft und exportiert hat, statt diese zu verschrotten, verheißt jedoch nichts Gutes!

Am 17. Dezember 2007 hat die GKKE, die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ ihre Bewertung der Rüstungskontroll-

bemühungen der Bundesregierung vorgestellt. Das Urteil der beiden großen christlichen Kirchen über die Exportpraxis des vergangenen Jahres ist eindeutig. Der GKKE-Bericht findet sich unter:

[http://www3.gkke.org/fileadmin/files/publikationen/REB\\_2007.pdf](http://www3.gkke.org/fileadmin/files/publikationen/REB_2007.pdf)

## **2. BICC setzt Fortbildung zu Kleinwaffen im Sudan fort**

Das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) führt auch im kommenden Jahr Fortbildungsseminare im Sudan durch. Im Rahmen eines Trainingsprogramms zu Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration ehemaliger

Kämpfer (englisch DD&R) werden für verschiedene lokale Akteure Seminare zur Kleinwaffenkontrolle angeboten. Weitere Infos gibt es unter:

<http://www.bicc.de/sudan/activities.php>

## **3. „Die Unmenschlichkeit des Krieges ist zu verurteilen“ – Interview mit Bischof Algermissen**

*Bischof Heinz Josef Algermissen ist seit 2001 Diözesanbischof von Fulda. Seit September 2002 ist er zugleich Präsident der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi. Im Interview nimmt er Stellung zu verschiedenen aktuellen Fragen, die eine friedensethische Klärung erfordern.*

**1. Der Jahresfokus der „Dekade zur Überwindung der Gewalt“ lag in diesem Jahr auf „Europa“. Nun ist Gewalt, Militarisierung und Krieg etwas, das wir häufig nur im Fernsehen wahrnehmen und dann als etwas, das sich in anderen Ländern, wenn nicht in anderen Weltregionen ereignet. – An welchen Punkten erleben Sie Gewalt? Und an welchen Punkten erleben Sie, dass Gewalt überwunden wird?**

Gewalt im Sport, in den Klassenzimmern unserer Schulen, Gewalt auf den Straßen, Gewalt gegen die Natur, die in einem unvorstellbaren Maß zum Aussterben von Arten geführt hat, Gewalt in den Medien ... Gewalt kann überwunden werden, wenn deren Bedingungen und Quellen offengelegt wird. Diagnose kann zur Therapie und Heilung führen.

**2. Das „Aktionsbündnis Landmine.de“ wird am 3. Dezember 2007, dem zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der Ottawa-Konvention, eine Million Unterschriften an Bundeskanzlerin Merkel übergeben. Ziel ist es, mit dieser Aktion einen Impuls zu geben, das bestehende Abkommen auf Antifahrzeugminen und auch auf Streumunition auszuweiten. – Nun ist die rechtliche Dimension**

**des Problems eine Sache, aber wie ist die Verwendung solcher Waffen unter ethischer und christlicher Perspektive zu beurteilen?**

Die „Unmenschlichkeit des Krieges“ ist zu „verurteilen“. (Gaudium et Spes Ziffer 77) – Selbst wenn man also zu akzeptieren bereit ist, dass in einer Welt, in der eine umfassende Friedensordnung noch nicht verwirklicht ist, Streitkräfte existieren, so bedeutet das nicht, dass im Krieg alles erlaubt ist („ius in bello“).

Gerade wenn aus der Pflicht, Unschuldige zu beschützen, die Notwendigkeit abgeleitet wird, einen Krieg zu beginnen, so dürfen in diesem Krieg keine Waffen zur Anwendung gelangen, die unterschiedslos töten oder übermäßiges Leid verursachen.

Johannes Paul II. hat auf die Verantwortung all jener Staaten hingewiesen, die Minen produzieren, mit ihnen handeln oder sie noch immer einsetzen (Botschaft zum Weltfriedenstag 1999). Diese Verantwortung bezieht sich natürlich auf alle Arten von Minen und auf alle minenähnlichen Produkte, wie etwa Streumunition.

**3. Wegen der Verstrickung der Daimler AG in die Produktion von Antifahrzeugminen und Streumunition ruft die Kampagne „Wir kaufen keinen Mercedes“ zu einem Boykott**

der Daimler AG auf, wie ihn UNICEF bereits vor einigen Jahren praktiziert hat. – **Besitzt das Bistum Fulda noch Mercedes-Fahrzeuge und wird sich Ihr Bistum dem Daimler-Boykott von UNICEF und „Wir kaufen keinen Mercedes“ anschließen?**

Diese Frage ist etwas peinlich, da das Bistum Fulda zwei Mercedes-Dienstfahrzeuge hat.

**4. In der Schweiz wird es eine Volksabstimmung geben, ob ein Verbot aller Rüstungsexporte in der Verfassung festgeschrieben werden soll. Der Bundesparteitag der SPD beschäftigte sich mit einem Antrag der Ortsgruppe Waldkirch, der ein ähnlich**

**lautendes Verbot für Deutschland fordert. Wie stehen Sie zu Rüstungsexporten?**

Der unkontrollierte Handel mit Rüstungsgütern stellt eine Bedrohung des Friedens dar. In Hinblick auf den Handel mit kleinen und leichten Waffen hat schon Bischof Desmond Tutu die internationale Staatengemeinschaft aufgerufen, ihre Verantwortung anzunehmen und international gültige Grundsätze auszuarbeiten, die den entsprechenden Handel verbindlich regeln. (Ein Artikel über den Aufruf Bischof Tutus ist dokumentiert unter: <http://rib-ev.de/blog/?p=54>)

*Die Fragen stellte Fabian Sieber.*

#### **4. Neue Studien des „Small Arms Survey“ zu Afrika**

Auf seiner Internetseite informiert der in Genf ansässige „Small Arms Survey“ über mehrere neue Studien zur Kleinwaffenproblematik, die in den letzten Wochen bei dieser Organisation

publiziert wurden. Die Untersuchungen befassen sich mit Nigeria, dem Sudan und der Republik Kongo. Weitere Links gibt es unter: <http://www.smallarmssurvey.org/>

#### **5. Heckler & Koch: neu entwickelte Waffen werden exportiert!**

Der größte deutsche Hersteller von militärischen Kleinwaffen hat sich in den letzten Jahren immer wieder verändert und trägt nun den Namen „HK-Gruppe“. Heute gehört das Unternehmen angeblich einer privaten Investorengruppe. Um im internationalen Geschäft bestehen zu können, setzt man wohl verstärkt auf den Behörden- sowie auf den zivilen Markt in den Vereinigten Staaten. Daher stand für zwei Jahre ein ehemaliger US-General an der Spitze der Firma. Auch ein Bündnis mit der berühmten Söldnerfirma Blackwater ist Heckler & Koch eingegangen und veranstaltet Schießtrainings auf deren Übungsgelände in den USA. Richtig interessant könnte es für die deutschen Waffenhersteller werden, wenn sich das Pentagon demnächst für ein neues Sturmgewehr entscheidet. Hier scheint H&K wieder im Rennen zu sein, nachdem es vor einiger Zeit Berichte gegeben hatte, dass die eigens dafür entwickelte H&K-Waffe, das Gewehr XM8, nicht mehr in der engeren Auswahl sei.

Die spanische Armee hat Firmenmeldungen zufolge die Beschaffung des von H&K neu entwickelten Maschinengewehrs MG4 beschlossen. Diese Lieferung wirft einmal mehr die Frage auf, wie von den NATO-Staaten, von den

Waffenproduzenten und auch von der deutschen Regierung mit sogenannten Überschusswaffen umgegangen wird, die ja bei Neubeschaffungen oft entstehen (Stichwort „Neu für Alt“). IANSA meldete vor kurzem, dass in Spanien ein neues Gesetz zum Waffenexport erlassen wurde, das bisherige Kontrollmängel verringern soll. Ob es diese Lücken in der Ausfuhrkontrolle auch für Überschusswaffen oder die in Spanien in Lizenz hergestellten G36 gibt, ist unklar. Für den Export von G36-Gewehren muss die spanische Regierung ja angeblich eine Genehmigung aus Berlin einholen.

Norwegen hat sich nach der Entscheidung über den Import des Gewehrs HK416 und von Pistolen aus Oberndorf auch für den Kauf der Maschinenpistole MP7 von Heckler & Koch entschlossen. Die Munition dieser Waffe ist unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten äußerst bedenklich. Die Maschinenpistole ist aber nun als neue Standardwaffe der britischen Polizei vorgesehen und soll dort u.a. die bisher im Einsatz befindliche MP5 von H&K ablösen. Auch pakistanische Spezialtruppen haben die MP7 bereits. Sogar die Sicherheitskräfte der Vereinten Nationen sollen mit dieser Waffe ausgerüstet sein.

Im Spiegel (39/2007) berichtete Ullrich Fichtner im Rahmen eines Artikels über die Londoner Rüstungsmesse DSEi, dass im letzten Jahr 10.411 Granatwerfer nach Großbritannien und 2025 Sturmgewehre nach Mexiko geliefert worden seien. Saudi-Arabien und Malaysia hätten halbautomatische Handfeuerwaffen gekauft. Heckler & Koch wird zwar nicht eindeutig als

Lieferant benannt, aber doch im anschließenden Satz erwähnt. Es kommt in Deutschland auch kaum eine andere Firma in Frage, wenn es um den Export von Kleinwaffen – in vielen Fällen auch an kriegführende Staaten, Diktaturen und Militärregierungen – geht. Das müssten auch unsere Abgeordneten im Deutschen Bundestag wissen.

## 6. Leserbrief zum Massaker an einer finnischen Schule

*Am 7. November hat ein Schüler in einer Schule im finnischen Tuusula acht Menschen erschossen und zehn weitere verletzt. Schließlich tötete er sich selbst. Dieser Leserbrief von Robert Lindner (Berlin) zu dem Massaker erschien u.a. in der Süddeutschen Zeitung, FAZ, FR, taz, Welt, Zeit und dem Tagesspiegel.*

Mich verwundert, dass finnische Verantwortliche sich so sehr über diesen Ausbruch bewaffneter Gewalt in ihrem Land wundern. Ein Blick auf Waffenstatistiken des internationalen Anti-Kleinwaffennetzwerkes IANSA genügt, um zu erkennen, wie gefährlich hochgerüstet die finnische Gesellschaft ist: Das skandinavische Land mit der ausgeprägten Jagdleidenschaft weist die höchste private Waffenbesitzquote Westeuropas auf. Hier kommen auf 100 Einwohner etwa 39 Feuerwaffen. Deutschland nimmt mit 30 Stück den dritten Platz ein. Nur in der Schweiz und in Frankreich kommen im Verhältnis zur Bevölkerung mehr Menschen durch Schusswaffengebrauch ums Leben als in

Finnland. In Deutschland beträgt die Todesrate zwar nur ein Drittel des finnischen Werts. Spätestens seit den deutschen Amokläufen der letzten Jahre (Brannenburg 2000, Freising und Erfurt 2002) wissen aber auch wir, dass unser Land ein ernstes Waffenproblem hat. Die kürzliche Debatte um eine Rücknahme der nach Erfurt 2002 ohnehin nur mäßig verschärften Waffengesetze zeigt, wie wenig die deutsche Politik aus den Katastrophen gelernt hat. Dabei hätte ein Studium der IANSA-Zahlen schon frühzeitig Hinweise auf das enorme Gefährdungspotenzial geben können, das auch in deutschen Waffenschränken lauert.

## 7. Deutscher Bundestag zeigt Ausstellung zur Landminenproblematik

Eine Ausstellung, die noch bis zum 11. Januar des nächsten Jahres im Deutschen Bundestag zu sehen ist, befasst sich mit dem Thema Landminen. Dokumentiert wird damit die bisherige Arbeit der internationalen Anti-Landminen-Kampagne (ICBL), gleichzeitig soll aber auch auf die verbleibenden Herausforderungen hingewiesen werden. Weitere Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft seien notwendig, heißt es in der Ausstellung. Denn trotz des Verbotes von Antipersonenminen würden immer noch jährlich über 20.000 Menschen Landminen und Blindgängern zum Opfer fallen. Außerdem müssten weltweit noch über 200.000 Quadratkilometer, die mit Minen und Blind-

gängern kontaminiert seien, geräumt werden. Der Bundestag ist auch aufgerufen, endlich Verbote von Antifahrzeugminen und Streumunition zu beschließen. Weitere Infos zur Ausstellung gibt es unter:

<http://landmine.de/de.titel/de.ausstellung/>

Am 12. November hat die ICBL außerdem ihre Jahresbilanz, den „Landmine Monitor 2007“, veröffentlicht. Mehr dazu in einer Pressemitteilung des deutschen Aktionsbündnisses Landmine.de:

<http://www.landmine.de/de.titel/de.news/de.news.one/index.html?entry=de.news.0f3c57001e9e0000>

## Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination  
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)  
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088  
E-Mail: [rib.freiburg@gmx.de](mailto:rib.freiburg@gmx.de)  
Web: [www.rib-ev.de/daks](http://www.rib-ev.de/daks)

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Frankfurt
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber.

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind der DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer“ (angesiedelt beim RüstungsInformationsBüro RIB e.V.) und



Friedenszentrum  
Braunschweig

